

Auf der Flucht entführt, verkauft, gefoltert und abgeschoben

Hendrikje Hüeneke ist in Potsdam geboren, hat in Gießen Kunstgeschichte studiert und lebt derzeit in Kiel

*Afrikanische Flüchtlinge geraten auf dem Sinai
in die Fänge von Beduinenclans,
die mit Folter hohe Lösegelder erpressen*

*In diesem Jahr haben
uns Berichte und
Reportagen erreicht,
die von der Entführung
afrikanischer Flüchtlinge
aus Flüchtlingslagern
im Sudan und ihren
Qualen in beduinischen
Foltercamps auf der Sinai-
Halbinsel berichten. Zwei
Berichte fassen wir hier
zusammen.*

Der Journalist Michael Obert erzählt die Geschichte eines jungen Informatikers, der vor der Diktatur Eritreas in ein anderes afrikanisches Land fliehen wollte, aber im Flüchtlingscamp im Sudan entführt, weiterverkauft und in den Sinai verschleppt worden ist (SZ-Magazin 29/2013). In einem beduinischen Foltercamp wurde er gezwungen die Telefonnummer seiner Verwandten preiszugeben. Fortan musste seine Familie über Monate hinweg am Telefon anhören, wie der junge Mann gequält und verstümmelt wurde, bis sie endlich in der Lage waren ihn frei zu kaufen. Seine Familie verlor Haus und Vieh - und der junge Informatiker, der mit seiner Qualifikation in Angola, Uganda oder Südafrika gute Arbeit hätte finden können, lebt nun mit verstümmelten Händen und seelischen Schäden in einem Flüchtlingsheim in Tel Aviv.

Auch Fritz Schaab ist dem Thema nachgegangen und berichtet aus El-Arisch, einer Stadt im Norden Sinais, in deren Gefängnissen Überlebende der Folter sitzen und auf deren Friedhöfen die verstümmelten Toten begraben sind, die man in der Wüste gefunden hat. (DIE ZEIT 13/2013)

***Haben sie die Folter überlebt,
müssen sie weitere Torturen
erdulden***

Schätzungen sagen, dass sich zwischen 500 und 1.000 Flüchtlinge zur selben Zeit in den Händen der Menschenhändler auf dem Sinai befinden. Sie kommen aus Eritrea, aber auch aus dem Sudan, Äthiopien oder Somalia. Sie fliehen vor Unterdrückung in der Hoffnung auf ein freies, selbstbestimmtes Leben. Seit

aus Angst vor den Beduinen weniger Flüchtlinge über die Sinai-Halbinsel fliehen, haben sich Banden gebildet, welche die Flüchtlinge direkt in den Flüchtlingslagern des Sudan, z. B. in Shagarab, entführen und für 4.000 Dollar an die Beduinen weiterverkaufen. In den Beduinenlagern werden sie aneinandergekettet, gefoltert und vergewaltigt. Die Lösegeldforderungen an die Verwandten liegen zwischen 4.000 und 40.000 Dollar.

Bisher drohen denjenigen, die die Folter überlebt haben, weitere Torturen. Israel hat im Januar an der Grenze zu Ägypten einen fünf Meter hohen Stahlzaun fertiggestellt. Von Eilat am Arabischen Golf bis zum Gaza-Streifen soll der Zaun die afrikanischen Flüchtlinge abhalten. Seit im Juni 2012 das „New Anti-Infiltration Law“ in Kraft getreten ist, können Flüchtlinge



Die Kinder im Flüchtlingslager bemalen Fliesen, die in den sanitären Anlagen aufgehängt werden. (Foto: Farah Karimi, Flüchtlinge im Libanon und Jordanien, Oktober 2013 / siehe Seite 6)

in Israel ohne Gerichtsverfahren bis zu drei Jahren hinter Gittern festgehalten werden. Das Land, das für Flüchtlinge gegründet wurde, baut derzeit grenznah neue Gefängnisse für Migranten.

In Ägypten von Soldaten aufgegriffen, erhalten die gefolterten Flüchtlinge zwar eine Notversorgung, werden aber wie Verbrecher behandelt. Sie werden an ihre Krankenhausbetten gefesselt, kommen in Gefängnisse und werden schließlich in ihre Heimatländer abgeschoben, in denen Diktaturen oder Bürgerkrieg herrschen und den Flüchtlingen politische Verfolgung droht.

Am 3. April 2013 legte Amnesty International einen Bericht zu dieser Situation vor und appellierte an Ägypten und den Sudan gemeinschaftlich gegen die Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Die sudanesishe Regierung wird aufgefordert die Sicherheitsmaßnahmen in den Flüchtlingslagern des Sudan zu verstärken und Fälle, in denen die sudanesischen Sicherheitskräfte die Entführer befristlich übersehen haben sollen, strafrechtlich zu verfolgen. Auch der ägyptischen Regierung wird geraten, den Fällen von Menschenhandel auf dem Sinai zu verfolgen und Aussagen nachzugehen, die ägyptischen Sicherheitskräften Kollaboration mit den Menschenhändlern vorwerfen.

Die Sinai-Halbinsel ist ein zunehmend unkontrollierter Raum

Der Sinai gilt seit dem Camp-David-Abkommen von 1978 als eine Art Pufferzone zwischen Ägypten und Israel. Neben einigen UN-Blauhelm-Soldaten, die jedoch in ihren Stützpunkten bleiben, ist die Militärpräsenz auf der Halbinsel gering. Unter der Mubarak-Regierung sind die Beduinen aus dem Staatswesen ausgeschlossen worden und haben in dem zunehmend unkontrollierten Raum ihre eigenen Machtstrukturen ausgebaut und starke Milizen gebildet.

Seit dem Putsch hat sich die Sicherheitslage verschärft. Es leben ungefähr 300.000 Beduinen verschiedener Stämme auf der Halbinsel. Sie kontrollieren das Schmuggelgeschäft über die Grenze zu Israel und einige von ihnen haben sich auf Erpressung durch Folter der Geiseln spezialisiert.

Sie werden an ihre Krankenhausbetten gefesselt, kommen in Gefängnisse und werden schließlich in ihre Heimatländer abgeschoben, in denen Diktaturen oder Bürgerkrieg herrschen und den Flüchtlingen politische Verfolgung droht.

Der in El-Arisch lebende ägyptische Menschenrechtler Hamdi Al-Azazi von der „New Generation Foundation of Human Rights“ wirft den Beduinen außerdem illegalen Organhandel vor. Er begräbt die Leichen, die in der Wüste gefunden werden. Fotos auf seinem Computer zeigen Tote, deren Körperseiten professionell aufgeschnitten und wieder zugenäht worden sind. Al-Azazi ist davon überzeugt, dass den entführten Flüchtlingen in mobilen Krankenhäusern Organe entnommen werden, um sie zu verkaufen. Die Abnehmer seien Ärzte aus Kairo, so berichtet ein Beduine in einem CNN-Interview.

Islamisten gehen mit Waffengewalt gegen die folternden Stämme vor

Bis zu 20.000 Dollar für eine Niere oder 40.000 Dollar Lösegeld für einen Gefolterten - die Gewinne aus den skrupellosen Geschäften sind groß. Wie lassen sich die folternden Beduinenstämme von ihrer grausamen Praxis abbringen? Zur

Zeit sind es radikale Islamisten, die sich gegen die folternden Beduinenclans zur Wehr setzen, weil die Folter für sie haram - Sünde ist. Sie setzen Waffengewalt ein und verbreiten bereits soviel Angst, dass von Aussteigern berichtet wird.

Anstatt einer anderen gewaltbereiten Gruppierung das Problem zu überlassen, könnte die deutsche Regierung eingreifen. Als drittgrößter Handelspartner Ägyptens hat Deutschland Möglichkeiten, Druck auf die ägyptische Regierung auszuüben und ein Vorgehen gegen die Verbrechen zu fordern. Zwar ist die Bundesregierung seit Oktober 2012 über die Zustände auf der Sinai-Halbinsel informiert und einzelne Bundestagsabgeordnete verlangen eine klare Stellungnahme. Beim Staatsbesuch Mursis Anfang 2013 blieb die Problematik jedoch unerwähnt.



Ergebnisse der Konferenz der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder

Die Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder haben am 24. und 25.11.2013 in Kiel getagt. Die Konferenz hat den Bund zu einer mutigeren Flüchtlings- und Integrationspolitik aufgefordert und Resolutionen mit dringenden Handlungsbedarfen zu den Themen „Willkommenskultur“, „Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität“, „EU-Mobilität und Integration“, „Sprachförderung für Flüchtlinge“ und „Evaluierung der Unterbringung“ verabschiedet.

Sämtliche Resolutionen der Kieler Konferenz der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder im Internet: http://www.frsh.de/uploads/media/Integrationsbeauftragtenkonferenz-in-Kiel_Nov-2013.pdf